

Mit Christine Tönneke-Frenkenberger im Studio herzlich willkommen zu einer Stunde-Information zum Mittag.

0% Zinsen am Chirokonto, Konsumentenschutzminister Rauch beauftragt eine Klage gegen den Bankensektor.

Hören Sie, wie Fachleute die Erfolgchancen einschätzen und wie die Banken auf die Klagsdrohung reagieren.

Die russische Notenbank kämpft gegen den Rubleinbruch, die Teuerung steigt, ist Putins Wirtschaftswunder

entzaubert, dazu ein Gespräch mit dem Experten Artem Kotschnev.

Vom Krieg gezeichnet Christian Wehrschütz berichtet aus dem modernsten Rehabilitationszentrum der Ukraine in Lemberg, spezialisiert auf Prothesen.

Begehen Meldungen auf den Grund, wonach Billigfleisch aus Polen eine europaweite Salmonelleninfektionswelle auslöst.

Die ÖVP stellt sich gegen die FPÖ-Forderung einer Nationalratssondersitzung zum Thema Bargeld und wegen der Hitze warnen Forstdirektoren erneut vor erhöhter Waldbrandgefahr.

Die Hitze bleibt uns noch länger erhalten, sagt alles Holzinger.

Mindestens eine ganze Woche wird die aktuelle Hitzewelle noch andauern.

Dabei ist es vorläufig in vielen Landesteilen Schwül und neben Sonne gibt es auch Wolken und teils kräftige Regenschauer und Gewitter.

Heute sind schon seit der Früh ein paar Schauer unterwegs, ihr Regenrisch war der Vormittag etwa in der Stadt Salzburg und mittlerweile bilden sich auch schon erste intensivere Zellen, vor allem in der Steiermark.

Im Lauf des Nachmittags sind heute Regenschauer und Gewitter nirgends ausgeschlossen, die wenigsten werden sich in Vorarlberg und Tirol bilden.

Bei meist nur wenig Wind erreichen die Temperaturen 24 bis 32 Grad.

Aktuell hat es in den Landeshauptstädten zwischen 20 Grad mit etwas Regen in Salzburg und knapp 30 Grad bei Sommer in Wien.

Danke, Gerald Holzinger.

Hohe Gewinne, aber schlechte Zinsen für die Konsumentinnen und Konsumenten.

Die heimischen Banken stehen stark in der Kritik.

Der Minister für Konsumentenschutz Johannes Rauch von den Grünen hat deshalb eine Verbandsklage

gegen die Banken in Auftrag gegeben.

Umsetzen muss das der Verein für Konsumenten Information kurz VKI.

Dort hatte man eine Klausel der Bank Austria unter die Lupe genommen, nach der es für Guthaben auf Stirokonten 0% Zinsen gibt.

Dass sei nicht gesetzeskonform, glaubt man beim VKI und will dazu jetzt eine Leitentscheidung der Gerichte erwirken.

Victoria Weidiger.

Bereits Ende letzter Woche wurde eine Verbandsklage gegen die Bank Austria eingebracht.

Heißt es heute vom Verein für Konsumenten Information kurz VKI?

Im Fokus der Klage, eine Klausel, die die Zinsen für Guthaben auf Stirokonten regelt, sagt Joachim Kogelmann von der Rechtsabteilung des VKI.

Umsätzlich handelt es sich um eine Klausel in einem Kontopreisblatt.

Konkret hat diese Klausel geregelt, dass die haben Zinsen 0,0% per Amur betragen.

Das war ein sogenannter Fixzinssatz, der sich nicht verändert hat.

Für Guthaben gibt es also keine Zinsen.

Das steht von vornherein und unveränderlich fest.

Das ist nicht gesetzeskonform, glaubt der VKI und hat deshalb bereits im Juni die Bank Austria zu dieser Klausel abgemahnt.

Allerdings ohne Erfolg, sagt Kogelmann.

Das Unternehmen war außergerichtlich zu keiner Unterlassungsverpflichtung bereit und darauf hin hat der VKI die Verbandsklage eingebracht.

Der VKI klagt jetzt auf Unterlassung dieser Klausel.

Eine Verbandsklage sei eine Routineangelegenheit.

Damit wolle man erreichen, dass Gerichte die Klausel beurteilen und es im besten Fall auch Leitentscheidungen dazu gibt, sagt Kogelmann.

Sollte die Gerichtsentscheidung positiv ausgehen, dürfte sich die Bank nicht mehr auf diese Klausel berufen, dürfte diese Klausel nicht mehr verwenden.

Das heißt, was heißt denn das für Konsumentinnen und Konsumenten?

Für Verbrauchenden ist zuerst einmal wesentlich zu wissen, dass aus Sicht des VKI keine Ansprüche verjahen, sollten Gerichte tatsächlich zur Unzulässigkeit dieser Klausel kommen, dann hätte das unter Umständen zu Konsequenz, dass es ihm nicht nur 0 % Hardenzinsen gibt.

Geklagt werde jetzt zwar eine Bank, eine Leitentscheidung der Gerichte hätte aber auch Auswirkungen für die gesamte Bankenbranche.

Erst einmal gelte es aber die Entscheidung abzuwarten, zeigt sich der Rechtsexperte des VKI vorsichtig.

Der Minister für Konsumentenschutz Johannes Rauch rechnet mit einer Entscheidung in erster Instanz noch in diesem Jahr.

Bis zur endgültigen Entscheidung dürfte es aber deutlich länger dauern, glaubt Kogelmann.

Das kann einige Jahre dauern, weil davon auszugehen ist, dass die Bank hier auch den Instanzenzug gehen wird.

Wir warten jetzt einmal auf die weitere Vorgangsweise.

Mit dieser Klage werden jetzt die Girokonten und die Zinspolitik dort unter die Lupe genommen.

Ob in weiterer Folge auch gegen Spar- und Kreditzinsen rechtlich vorgegangen werden könnte, ließ der Verein für Konsumenteninformation heute offen.

Und was sagen die Bankenvertreter?

Die Klärksankündigung von Konsumentenschutzminister Rauch hat den heimischen Bankensektor überrascht.

In der Branche wird derzeit noch beraten, wie auf die Klagstrohung reagiert werden soll.

Klar ist, dass Banken durch die steigenden Zinsen wieder gute Geschäfte machen.

Experten sehen darin eine Rückkehr zur früheren Normalität.

Hannah Sommersacher und Maria Kern berichten.

Die erste Group, die Reifersbank International, die Bank Austria und auch weitere heimische Banken.

Sie alle wollten heute nicht zur von Konsumentenschutzminister Johannes Rauch von den Grünen angekündigten

Verbandsklage sagen.

Alle verwiesen auf die Bundesparte für Banken und Versicherungen in der Wirtschaftskammer.

Der ein Geschäftsführer Franz Rudorfer sagte zur Klagsankdrohung, aber auch nur.

Die Klage selbst des Ministers oder des VKI ist, liegt mir noch nicht vor.

Daher kann ich sie inhaltlich auch noch nicht kommentieren.

Etwas genauer kommentierte Rudorfer, allerdings die Behauptung des Ministers, wonach die Bank Austria auf eine schriftliche Abmahnung, die Anfang Juni zugestellt worden sei, quasi nicht reagiert habe.

Rudorfer weist das zurück.

Die Bank Austria hat zur Abmahnung im Juni, noch Anfang Juli, eine sehr, sehr umfangreiche Stellungnahme an den VKI geschickt, hat aber bis heute keine Reaktion dazu bekommen.

Zum Vorwurf, dass die Banken viel Guthaben auf Chirokonten so gut wie keine Zinsen zahlen, aber für die Überziehung derartiger Kontenzinsen von bis zu 13 Prozent einheben würden, sagt Rudorfer.

Das Chirokonto ist ein Zahlungsverkehrsinstrument, es ist kein Veranlagungsinstrument.

Für Veranlagungen gibt es eine Fülle von anderen Möglichkeiten.

Fakt ist, dass die Kassen der Banken aktuell klingeln, auch dank des steigenden Zinsüberschusses.

Das ist die Spanne zwischen Kredit und Einlagenzinsen.

Allein im heurigen ersten Quartal haben die heimischen Geldinstitute laut Nationalbank Zinsüberschüsse in Höhe von rund 6 Milliarden Euro erwirtschaftet, ein Anstieg von 45 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und sogar 60 Prozent mehr als 2021.

Bankenexperte Stefan Piechler von der Wirtschaftsuniversität Wien sagt, die zentrale Frage sei, ob die Banken

hier so etwas wie Unteranführungszeichen über Gewinne machen, das heißt Gewinne, die im historischen Rahmen, im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt hier ausordentlich hoch sind.

Und diese Frage ist eindeutig, mit Nein zu beantworten.

Denn die jüngsten Zinsüberschüsse würden sich im langjährigen Durchschnitt bewegen.

Der Bankenexperte hält zudem wenig vom Vergleich von Haben und soll Zinsen am Girokonto, das sein Äpfel und Birnen.

Die Einlage Zinsen sind vergleichbar mit Spazinsen, das, was man für die Überlassung des Geldes an die Bankeskunde erhält.

Aber bei den Überziehungszinsen ist ein sehr, sehr großer Teil die Risikoabdeckung für allfällige Kreditausfälle der Bank.

Aus Sicht der Banken sein, Kontoüberziehungen, das riskanteste Kreditprodukt mit der höchsten Ausfallquote und deshalb teuer verzinst.

Der VKI beschreitet den Klarksweg gegen die Banken.

Wie stehen die Chancen? Was darf man den Banken, was Zinsen auf Girokonten angeht, überhaupt vorschreiben?

Darüber habe ich vor der Sendung mit dem Bankenexperten vom WIFO Thomas Url gesprochen und ihn zu Beginn gefragt, ob die Klage des VKI aus seiner Sicht berechtigt ist.

Es gibt für Girokonten unterschiedliche Gebührensysteme, gibt es Grundgebühren, gibt es Buchungszeilen abhängige Gebühren und dann spielt natürlich auch die Komponente Zinssatz mit hinein.

Das heißt, man wird immer alle drei Aspekte eines Girokontos gleichzeitig beachten müssen.

Wir wissen aber auch aus der empirischen Forschung, dass es eine Art Bequemlichkeitsrente gibt für Bank-Einlagen.

Das heißt, Kunden zögern davor, das Geld von einem Girokonto abzuheben und in ein alternatives Veranlagungsinstrument umzulagern.

Zum Beispiel Geldmarktfonds und diese Rente können Kreditinstitute ausnutzen.

Das heißt, der Konsument ist Zuträger aus ihrer Sicht.

Das ist ein Ergebnis, das wir sehen können.

Hat man auch sehr gut beobachten können in den Banken in Kalifornien, wo die Kunden relativ schnell ihre Mittel abgezogen haben und in Geldmarktfonds umgeschichtet haben.

Das hat am Ende dann auch zu einer Bankenkrise geführt.

Zurück zum Klagsweg.

Dürfen Banken in diesem Bereich Flapsig gesagt nicht anbieten, was sie wollen?

Bankenvertreter könnten sagen, ja, der Kunde kann ja vergleichen und die Bank wechseln.

Was kann man den Banken überhaupt vorschreiben?

Ich denke nicht, dass es möglich ist, Gebührenmodelle den Banken vorzuschreiben.

Das ist doch etwas, was den Primatmarkt und den Kaufverträgen sozusagen den Privaten überlassen ist.

Da sehe ich wenig Möglichkeiten.

Aber wenn es darum geht, zu beobachten, ob diese Bequemlichkeitsrente ausgenutzt wird oder nicht,

dass sie schon Möglichkeiten mit einer Verbandsklage zu agieren.

Wie könnte das konkret aussehen, dass man eine Handhabe erhält?

Man müsste nachweisen können, dass tatsächlich eine Kombination mit den Grundgebühren und mit den Buchungszeilengebühren eine Ausnutzung der Marktmacht vorhanden ist.

Und wenn das gelingt, dann könnten Strafzahlungen zum Beispiel vereinbart werden.

Banken verdienen heute gut, haben längere Zeit aber schlecht verdient, sagen Ökonomen.

Ist das Bankenbashing aus ihrer Sicht insgesamt übertrieben oder ist das gerechtfertigt?

Aus meiner Sicht ist das im Prinzip übertrieben.

Wir sind jetzt bei den Zins erträgen in etwa wieder auf dem Niveau von 2014, 15, 16.

Also vor der Staatsschuldenkrise.

Und das zeigt für mich, dass wir eigentlich wieder auf den Weg zurück in die Normalität sind.

Konsumentenschutzminister Rauch argumentiert, dass den Banken in der Krise vom Steuerzahler Hilfe erhalten hat.

Jetzt, wo die Zeiten besser sind für die Banken, müssten sie den Kundinnen entgegenkommen.

Er spricht von unlauterem Wettbewerb.

Wie genau kann man das vor Gericht argumentieren, die Beweisführung antreten?

Es wird relativ schwierig sein, diese Beweisführung zu führen.

Wenn wir zum Beispiel vergleichen die Eigenkapitalrendite der Kreditinstitute in Österreich mit jener in der EU,

dann liegt die um etwa einen Prozentpunkt niedriger.

Das heißt, der Wettbewerb ist jedenfalls intensiver als am gesamten EU-Markt.

Und von dem her würde ich glauben, wird es schwierig sein,

eine echte Ausnutzung von Marktmacht festzustellen und nachzuweisen.

Was bedeutet das für die Klage für den Erfolg der Klage?

Schwierig zu sagen.

Es sind, glaube ich, schwierige Voraussetzungen, um die Klage erfolgreich zu führen.

Aber trotzdem ist es eine Gelegenheit, eben nachzuprüfen, ob eine Marktmacht ausgenutzt wird von der Kreditwirtschaft, die eben in Bezug auf Bequemlichkeit bestehen könnte.

Vizekanzler Kogler hat angekündigt, man könne auch die Bankenabgabe erhöhen, um einen Hebel zu generieren.

Wie schätzen Sie denn diese Möglichkeit ein?

Es ist immer möglich, einzelne Wirtschaftssektoren speziell zu besteuern.

Wir halten das eigentlich für eine standortschädliche Maßnahme, weil in dem Augenblick, wo ein Sektor in der Lage ist, Gewinne zu erwirtschaften, kommt ein Politiker auf die Idee, diesen Sektor höher zu besteuern.

Und dadurch wird eigentlich das Investitionsrisiko des Unternehmern an und für sich schon tragen müssen, noch einmal gesteigert.

Sagt der Banken-Experte Thomas Uel vom Wirtschaftsworschungsinstitut WIFO.

Vielen Dank für das Gespräch und einen guten Tag.

Vielen Dank für die Änderung.

Der Krieg in der Ukraine hat bisher nicht nur mehr als 10.000 getötete Zivilisten zur Folge, sondern wohl auch zu 10.000 Gefallenen auf beiden Seiten geführt.

Zwar geben weder Moskau noch Kiev Zahlen bekannt, doch Besuche auf ukrainischen Friedhöfen zeigen, wie die Zeit der Opfer zunimmt.

Hinzu kommen viele verwundete Soldaten, die der Krieg oft zu Invaliden macht.

Die Werk hat vor wenigen Monaten die modernste Rehabilitationsklinik der Ukraine geöffnet. Weitere sollen im ganzen Land folgen, damit auch die Veteranen

wieder ins zivile Leben eingegliedert werden können. Christian Wehrschütz.

Superjumens heißt das modernste Rehabilitationszentrum der Ukraine für Opfer des Krieges.

70% der Patienten sind Soldaten, die durch Schrapnellens oder Minen gezeichnet sind und offensichtlich vor allem die unteren Extremitäten verloren haben.

Beim Besuch in Lämberg sah ich de facto nur Kriegsoffer, denen ein Fuß beide Füße, ein Bein oder beide Beine fehlten.

Diesen Eindruck bestätigt auch die Statistik, die Olga Rodneva, die Direktorin von Superjumens, erläutert.

Bisher haben wir 120 Prothesen gefertigt, und zwar für 80 Patienten.

Denn wir haben hier viele Patienten mit zwei oder drei Amputationen, und daher haben wir eben mehr Prothesen als Menschen.

Außerdem dauert die Rehabilitation bei Patienten mit mehr Amputationen viel länger als bei einer Person, die nur eine Extremität verloren hat.

Diese Rehabilitation ist umfassend von der Gymnastik im Durnsal über der Schwimmbad bis hin zur psychologischen Betreuung. Die Behandlung ist gratis.

Um Aufnahme wird online angesucht, was unterscheidet Superjumens von anderen Rehasentren in der Ukraine.

Es gibt ausreichend Betriebe, die Prothesen anbieten.

Doch bei uns gibt es ein umfassendes Programm von Psychologen über den Prothesenhersteller bis hin zur Rehabilitation.

60 Prozent der Personen, deren Prozedur bekommen haben, verwenden sie nicht, weil ihnen nicht beigebracht wurde, damit zu gehen oder keine Arbeit haben und sie daher zu Hause nicht brauchen.

Bei uns nutzen 95 Prozent ihre Prozedur.

Dementsprechend muss man bei uns viel üben, was nicht jedem gefällt.

Man muss entsprechende Kriterien erfüllen, sodass eigentlich der Patient uns auswählt und nicht wir ihn.

Unser Budget für zwei Jahre für den Umbau des Zentrums hier beträgt 54 Millionen US-Dollar. Bisher haben wir 27 Millionen investiert, doch man muss verstehen, wie kostenintensiv dieser Betrieb ist.

Unsere Kapazität liegt pro Monat bei 50 Patienten und da kosten allein die Prozedurenkomponenten pro Monat.

Die Prozedur, die die Prozedur auswählt, sind für uns sehr wichtig.

Die Prozedur liegt pro Monat bei 50 Patienten und da kosten allein die Prozedurenkomponenten pro Monat eine Million US-Dollar. Der Wert einer durchschnittlichen Prozedur liegt bei 20.000 Dollar.

Somit brauchen wir eine Million um 50 Patienten pro Monat versorgen zu können.

Geplant sind weitere Zentren in Karifik und Nipro.

Die Nachfrage ist leider vorhanden, denn ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht.

Und der andauernde Krieg führt uns weiter nach Russland, wo der Rubel in letzter Zeit nur in eine Richtung rollt, bergab.

Die russische Landeswährung wird im Vergleich zum Euro schwächer und schwächer und für Butthins Regime ist das ein zunehmendes Problem.

Derzeit ist der Rubel so wenig wert, wie es seit vergangenem März nicht mehr.

Als Sofortmaßnahme hat die russische Zentralbank gestern in einer Krisensitzung den Leitzins auf 12% erhöht, doch was das wird von Fachleuten nur als vorübergehend wirksame Maßnahme gesehen.

Darüber sprechen wir gleich mit Artem Kot-Schneff zuvor der Bericht aus Moskau von Paul Krisei.

Hinter den dicken gelben Mauern der russischen Zentralbank im Zentrum von Moskau dürfte es dieser Tage hektisch zugehen.

Seit Monaten wächst der Druck auf die Finanzbehörde, dem stetigen Wertverfall des Rubels etwas entgegenzusetzen.

Seit Jahresbeginn hat die russische Währung gegenüber dem US-Dollar rund ein Viertel an Wert verloren.

Unter etlichen Moskau-Rennen und Moskauern sorgt das für Verunsicherung.

Uns wird immer gesagt, dass wir nicht vom Dollar abhängig sind, aber trotzdem wirkt sich das Aussage dem Passant.

Eine junge Frau zählt Beispiele auf.

Die Preise steigen und zwar auf alles, von den Betriebskosten in der Wohnung bis zu Lebensmitteln.

Und dabei steigt mein Gehalt nicht.

Ein anderer Mann hofft auf wirksame Maßnahmen durch die Zentralbank.

Dort sitzen doch auch keine Idioten, meint er.

Tatsächlich ist es Zentralbank-Chefin Elvira Nabiulina zu Kriegsbeginn noch gelungen, den Rubel trotz der Sanktionen des Westens zu stabilisieren.

In Russland wurde sie damals als effektive Krisenmanagerin gelobt.

Nun muss Putins oberste Bankerin an mehreren Schrauben gleichzeitig drehen.

Der Ankauf ausländischer Währungen wurde bis Jahresende eingestellt, um die Finanzmärkte zu beruhigen, wie es heißt.

Und der Leitzins wurde in einer gestrigen Krisensitzung der Finanzbehörde von 8,5 auf 12 Prozent erhöht.

Zwischenzeitlich hat das den Rubelverfall leicht eingebremst,

doch Fachleute zweifeln, dass es gelingt, die Währung so auf Dauer zu stützen.

Die Moskauerinnen und Moskauer blicken jedenfalls mit gemischten Gefühlen in die Zukunft.

Ich weiß nicht, wie all diese Probleme gelöst werden können, sagt eine Passantin.

Ich hoffe, dass die Verantwortlichen klug entscheiden

und unser Land in eine helle Zukunft führt.

Ein anderer Befragter übt sich hingegen in Pesimismus

und rechnet mit einem weiteren Verfall des Rubels.

Bis Ende des Jahres wird der Rubel weiter abstürzen, denke ich.

Niemand weiß, was in den Köpfen der Zentralbankchefs vor sich geht.

Sie spielen doch ständig mit dem Dollar.

Der Rubel-Einbruch alarmiert Moskau, das wollen wir nun noch vertiefen.

Wie geht es der russischen Wirtschaft insgesamt?

Mit Artem Kottschnev vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

Er ist uns zugeschaltet. Willkommen im Mittagsschonal.

Guten Tag.

Um den Absturz des Rubel zu stoppen, hat die russische Notenbank den Leitzins gestern von 8,5 auf 12 % erhöht.

Wie umfassend ist dieser Eingriff und was kann er bewirken?

Dieser Eingriff ist relativ eingeschränkt in der Wirkung, die es leisten kann.

Und zwar vor allem auf die Wirtschaftsaktivität.

Man versucht damit, die Importe einzuschränken,

die man in Russland natürlich sehr stark benötigt,

weil viele von den Güte, die man von den westlichen Märkten verloren hat,

man braucht sie trotzdem, sowohl für die Militärproduktion,

als auch für den Konsumentensektor.

Und man versucht damit, die Nachfrage zu verringern,

damit weniger Güte dann nach Russland gebracht werden

und insofern dann auch weniger Nachfrage für die Währung entsteht.

Der Eingriff ist beschränkt, sagen Sie.

Bisher hat auch nur mäßigen Erfolg.

Gibt es sonst noch andere Steuerungsinstrumente

oder hat Russland bereits die meisten Mittel ausgeschöpft?

Es gibt natürlich administrative Instrumente.

Das heißt, man fordert, dass die Firmen dann unbedingt

einen Teil von ihrer Währung gegen den Rubel einfach austauschen.
Das hat man schon früher gemacht, vor allem für die Öl- und Erdgassektoren.
Man kann das wieder einmal einführen, damit man die Lage stabilisiert.
Durch den Krieg sind die russischen Militärausgaben enorm gestiegen.
Wie wirkt sich das auf die wirtschaftliche Gesamtsituation aus?
Die Produktion ist gestiegen, das sorgt für Wirtschaftswachstum.
Gleichzeitig wächst aber das Budget Defizit.
Was ergibt das dann insgesamt?
Insgesamt ist die Wirkung für die Wirtschaft
oder wirtschaftsmäßig relativ positiv.
Das hat die positive Wirkung auf die Löhne von den Personen,
die in diesen Sektoren beschäftigt sind.
Es hat dann konsequent für die Gesamtwirtschaft,
indem das die Güter, die in diese Wirtschaftskette verwendet sind,
dass sie wieder einmal konsumiert werden und in größeren Mengen.
Das hat dann diesen Ketteneffekt,
indem das die Wirtschaft dann davon profitiert.
Aber das bringt natürlich zu einem gewissen Ungleichgewicht
von der Gesamtwirtschaft, vor allem deswegen,
weil die Sektoren, die außerhalb von diesen Ketten liegen,
also sie bleiben dann in einer depressiven Situation
und sie finden dann keine Nachfrage für ihre Güter.
Wie ernst ist die Lage also für die russische Wirtschaft
anhand der neuesten Daten?
Zeichnet sich da eine eher langfristige
oder eine vorübergehende Teilfahrt ab?
Russische Wirtschaft ist strukturmäßig jetzt problematisch
im Sinne von dem, dass die Konsumenten und die Konsumgüter
jetzt immer weniger Nachfrage finden.
Und dieses Ungleichgewicht wird vorübergehend bleiben.
Also das ist nicht eine Geschichte für die nächsten paar Monate,
das wird über die Jahre bleiben.
Und insofern sind diese ganzen Maßnahmen,
die es gerade Zentralbank angeführt hat,
das sind eher so eine symptomatische Bewirkung
von strukturellen Ungleichgewichten, die wir momentan beobachten.
Um diese Gleichung zu lösen,
haben sie momentan in der Wirklichkeit keine gute Instrumente.
Das Instrument in der Wirklichkeit ist einfach, den Krieg zu beenden
und wieder mal die Wirtschaft für die Gesamtwelt zu eröffnen.
Es besteht ja bei vielen die Hoffnung,
Russland könnte kriegsmüde werden,
vermag den Krieg gegen die Ukraine schlechter und schlechter zu finanzieren.
Das ist ja auch das Ziel der Sanktionen,

die wirtschaftlichen Kosten des Krieges für Russland zu erhöhen.

Gelingt das also zunehmend?

Das gelingt aber nicht im Ausmaß, dass man ursprünglich gehofft hat.

Die Schrauben werden jetzt momentan gedreht
und die Sanktionen wirken weiter.

Aber man hat am Anfang in Russland die Panik vermieden,
durch die zahlreiche Stabilisierungsmaßnahmen
und das war das Hauptergebnis in diesem Sanktionenkrieg sozusagen.

Das heißt, für Russland heißt das das zumindest
für die nächsten paar Jahre der Krieg möglich wird.

Was dann weiterkommt, ist eine offene Frage.

Die wirtschaftliche Talfahrt wird in Russland wohl für Unzufriedenheit
in der Bevölkerung sorgen.

Wie steuert denn der Kreml dagegen,
wie hält Putin die Bevölkerung bei Laune?

Putin hat zwei wichtige Instrumente in dem Fall.

Im ersten Fall, das hat mit der Wirtschaft wenig zu tun,
das ist einfach der Repressiv-Apparat.

Die gesamten Ausgaben für die Interne Kontrolle,
für die Innendienste, die alle mögliche Unruhmigkeiten
und alle mögliche Proteste sehr schnell beseitigen.

Die zweiten Teil von den Instrumentarien von Putin,
das sind vor allem diese extra Ausgaben für die Bevölkerungsrouten,
die vor allem Putin unterstützen.

Es gehört schon einige Ausgaben für die sozialen Dienste,
für einige schwachende Bevölkerungsgruppen,
die typischerweise sein Kern von seinem Elektro-Tat darstellen.

Die russische Wirtschaft in einer problematischen Lage,
sagt Arthem Kot-Schneff vom Wiener Institut
für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

Danke Ihnen für das Gespräch.

Vielen Dank.

Auch in Chinas Wirtschaft mehren sich die Zeichen der Krise.

Sie belasten weiterhin weltweit die Börsenkurse.

Um die schlechten Nachrichten einzudämmen,
greift China jetzt zu unkonventionellen Methoden.

Als erstes trifft es junge Arbeitssuchende,
berichtet aus Peking unser Kinakorrespondent Josef Dollinger.

Es ist für jedes Menschenkind ein Riesenschritt zum Verständnis der Welt,
wenn es begreift, dass die Mutter nicht weg ist,
wenn man bloß die Augen schließt.

Aus dem Augen, aus dem Sinn, auf diese frühkindliche Täuschung,
greifen jetzt aber Chinas Wirtschaftslänker zurück.

Die Jugendarbeitslosigkeit steigt, also weg damit.

Nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die entsprechenden Zahlen.
Ab sofort werden die Zahlen dieser Altersgruppen nicht mehr veröffentlicht,
sagt Fu Ling Hoi von der Nationalen Statistikbehörde.
Wir werden die Messmethoden aber anpassen und optimieren.
Ein Schelm, wer böses dabei denkt.
Die Statistik wird bei der Arbeitslosigkeit von 16 bis 24-Jährigen,
also bei derzeit 21,3 Prozent stehen bleiben.
Eine Zahl, die sich in den letzten Monaten ständig erhöht hat.
Währenddessen werden Uniabsolventen gedrängt,
entweder weiter zu studieren
oder das Wort arbeitslos aus ihren Bewerbungsbögen zu streichen.
Dieser Student will nach erfolgloser Job-Suche
nun ein Doktoratsstudium anhängen.
Er fällt damit aus der Arbeitslosenstatistik,
die ohnehin nicht mehr veröffentlicht wird.
Ältere Chinesen erinnert das bereits an geschönte Produktionszahlen
während des großen Sprungs nach vorn,
der in einer Hungerkatastrophe endete.
Die Inflationzahlen wird man hingegen nicht so einfach ausknipsen können.
Zuletzt lag die Inflation bei minus 0,3 Prozent,
also sinkende Preise, auch Deflation genannt.
Doch der Sprecher des Statistikamtes kommt zu einem anderen Urteil.
Es gebe keine Deflation in China. Punkt.
Eine Realitätsverweigerung dieser Dimension
können sich Anleger derzeit nicht leisten.
Ein weiterer Immobilien-Riese konnte zuletzt seine Anleihen nicht mehr bedienen.
Jetzt läuft eine Galtenfrist von 30 Tagen.
Der Hut brennt also, das weiß man auch in der chinesischen Zentralbank,
also runter mit den Zinsen, und zwar deutlich.
Und diesen neuen Zinssatz werde man auch veröffentlichen.
Ansonsten bleibt es bei der Devisenrate zu und durch.
Berichtet Josef Drollinger kommen wir zurück.
In heimische Gefilde der in knapp drei bzw. vier Wochen beginnt das neue Schuljahr.
Und die Suche nach Lehrpersonal dafür ist noch nicht abgeschlossen.
Bildungsminister Martin Polaschek von der ÖVP hat zuletzt wiederholt betont,
man werde alle Unterrichtsstunden anbieten können.
Die Frage, die bleibt ist, wie?
Denn im kommenden Schuljahr erreicht die Pensionierungswelle
im Bildungsbereich ihren Höhepunkt.
Die Neos fordern einmal mehr Reformen, um den Beruf attraktiver zu gestalten,
berichtet Felix Nowak.
Die Baby-Bouma-Generation erreicht das Pensionsalter
und das wirkt sich auch auf Österreichs Schulen aus,
wie die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Neos zeigt.

Auf Vollzeitstellen gerechnet gibt es heuer laut Bildungsministerium in der Primarstufe 1050 Pensionierungen. Das betrifft in erster Linie Volksschulen. In der Sekundarstufe, also etwa AHS- und Mittelschulen, ist 2850 für Neos Bildungssprecherin Martina Künsberg-Sarre angesichts der bisherigen Prognosen des Ministeriums überraschend. Den Höhepunkt des Lehrermangels hat man erst in ein paar Jahren erwartet. Jetzt scheint es so zu sein, dass die Zahlen jetzt den Höhepunkt erreichen. Sowohl in der Primar als auch in der Sekundarstufe bleibt die Zahl der erwarteten Pensionsantritte in den nächsten Jahren hoch. Sie ist aber nicht mehr ganz so hoch wie heuer. Zumindest bundesweit in Niederösterreichs Volksschulen steht der Höhepunkt der Pensionierungen erst Anfang der 2030er an. Für Künsberg-Sarre ist klar. Das Thema Lehrermangel wird uns die nächsten sicherlich fünf bis zehn Jahre weiter stark begleiten. Unterschiedlich in den einzelnen Bundesländern, auch unterschiedlich in den einzelnen Schularten. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass man den Lehrerberuf eigentlich aufwertet. Konkret fordert sie Unterstützungspersonal um Bürokratie im Lehrerberuf zu reduzieren und mehr Autonomie der Schulstandorte. Bildungsminister Pollaschek setzt kurz bis mittelfristig auf ein Quereinsteigermodell und auf Lehramtstudierende, die bereits vor ihrem Abschluss in den Klassen aushelfen. Deren Anzahl ist bereits im vorigen Schuljahr deutlich gestiegen. Auch das zeigt die Beantwortung der Neos-Anfrage. Etwa 10.000 sogenannte Sonderverträge hat es bundesweit gegeben. Das sind Verträge, in denen die Anforderungen an Lehrpersonal nicht zur Gänze erfüllt werden. Für Neos-Bildungssprecherin Künsberg-Sarre kann der Quereinstieg durchaus sinnvoll sein, solange die Qualität der Bewerberinnen und Bewerber gesichert ist. Das Zurückgreifen auf Studierende sieht sie dagegen kritisch. In Finnland sagt das Ministerium, wir versuchen die Lehrstudiumsabsolventen in den ersten fünf Jahren in Watte zu packen, dann bleiben die auch im Lehrerberuf. Wir in Österreich machen genau das Gegenteil. Wir schicken Lehrendstudierende ab dem 3. Semester in die Klassen. Im Bildungsministerium heißt es auch heute, man könne im Herbst alle Unterrichtsstunden besetzen. Man sei besser aufgestellt, als im Vorjahr um die Zeit. Lediglich in Vorarlberg und Wien seien noch einzelne Stellen offen. Für die Pensionierungswelle sieht man sich gut gerüstet. Beziehe man die Teilzeitstellen mit ein Gen pro Jahr, dem nach etwa 5.000 Lehrerinnen und Lehrer in Pension genauso viele würden neu ausgebildet. Komme es dennoch zu Lücken, dann könne man auf Quereinsteiger zurückgreifen. Von Bildungsministerium in den Nationalrat rufe nach Sondersitzungen des Nationalrates von SPÖ und FPÖ in der Sommerpause, dürften ohne Folgen bleiben.

Denn dafür ist ein Drittel der Abgeordneten notwendig.
Die Stimmen einer Oppositionspartei alleine sind zu wenig.
Die FPÖ will eine Sondersitzung zum Bargeld in der Verfassung.
Die Freiheitlichen sehen dabei die ÖVP in der Pflicht.
In der Kanzlerpartei winkt man aber ab.
Der SPÖ schwebt wiederum eine Sondersitzung zur Teuerung vor.
Niklas Lercher mit Einzelheiten.
Die ÖVP hat über den Sommer plötzlich das Thema Bargeld für sich entdeckt und will das Zahlen mit Scheinen und Münzen in der Verfassung verankern.
Diese Bemühungen haben nun die FPÖ auf den Plan gerufen.
Die Freiheitlichen fordern die Kanzlerpartei auf, gemeinsam so schnell wie möglich eine Sondersitzung des Nationalrats einzuberufen.
Alleine kann das die FPÖ nicht.
Eine Sondersitzung außerhalb der Plenartage muss ein Drittel der Abgeordneten zustimmen.
FPÖ-Chef Herbert Kickel bezeichnet das Angebot in Richtung ÖVP jedenfalls als Elchtest für Kanzler Karl Nehammer.
Denn in den vergangenen zwei Jahren habe die ÖVP vier Anträge der Blauen für den Schutz des Bargelds in der Verfassung abgelehnt.
In einem Initiativantrag wollen die Freiheitlichen dann auch gleich Bargeld als Vermögensform ohne Obergrenzen festschreiben.
Daraus dürfte aber vorerst nichts werden.
Von der ÖVP kommt eine Absage zur Sondersitzung.
Auf Anfrage heißt es schriftlich.
Bargeld ist uns ein wichtiges Anliegen.
Wir wollen keine Schnellschüsse und jetzt arbeitet die Taskforce dazu.
Wir werden die weitere Vorgangsweise mit dem Koalitionspartner abstimmen.
Und die Grünen zeigen sich bisher zurückhaltend und zugeknöpft.
Auch die SPÖ hält eine Sondersitzung in der Sommerpause für notwendig allerdings zur Teuerung.
Mit dem Thema Bargeld würden ÖVP und FPÖ vom Warenproblem ablenken, nämlich der zu hohen Inflation, zu hohen Lebensmittelpreisen und viel zu niedrigen Pensionen, lässt SPÖ Vizeklubschefin Julia Herr schriftlich wissen.
Aber auch der Wunsch der SPÖ nach einer Sondersitzung im Sommer dürfte an den erforderlichen Stimmen scheitern.
Die Regierung in Berlin fällt öfter nicht nur mit Streitereien auf, sondern auch mit einer positiven Selbstdarstellung.
So wollen die drei Ampelparteien ihre Konflikte nicht nur kleinreden, sondern üben sich auch in besonderen Wortkreationen für ihre Politik.
Ein besonderes Beispiel liefert der Finanzminister, der zuletzt eine geplante Steuerentlastung für Unternehmen als Wachstumschancen-Gesetz bezeichnet hat.
Solche euphemistischen Versuche gibt und gab es schon öfter.
So heißt etwa das frühere gute Kita-Gesetz mittlerweile Kita-Qualitätsgesetz.
Dahinter verbirgt sich der Versuch, die eigene Politik etwas schön zu reden, berichtet Andreas Jüll. Politik ist auch Marketing und Marketing lebt vom pffrigen Sprüchen.
Der deutsche Finanzminister hat sich was ausgedacht. Wachstumschancen-Gesetz klingt durchaus

positiv, der Sprachwissenschaftler Anatov Stefanowicz.

Das ist halt der Versuch, das, was man da eigentlich macht, was ja der breiten Bevölkerung nicht viel nützt, ebenso zu verkaufen, dass alle glauben, dass sie was davon haben.

Aber natürlich kann man es auch etwas kritischer sehen und sagen, hier wird die Bevölkerung so ein bisschen an der Nase herumgeführt.

Denn eigentlich geht es um Steuerentlastungen für Unternehmer in der Höhe von 6 Milliarden Euro. Wenn man jetzt ehrlich wäre, müsste man das Gesetz Unternehmensgewinnerhöhungsgesetz nennen oder Inflationsbeschleunigungsgesetz.

Und so tut man eben so, als ob es um Wachstumschancen geht, Wachstum und Chancen zwei sehr positiv belegte Begriffe und hofft, dass keiner so genau hinguckt.

Anatov Stefanowicz kann allerdings nachvollziehen, wieso die Politik so agiert.

Man möchte natürlich, irgendwo ist es auch verständlich, sich selbst und die eigene Politik immer positiv darstellen.

Also es muss auch gar nicht immer falsch sein, einen eingängigen Namen für ein Gesetz zu finden. Aber man darf natürlich nicht an der Wahrheit vorbeireden.

Also Christian Lindner lässt hier ein Gesetz, in dem es um Steuererleichterung für Unternehmen geht, wie man das auch erwartet von der FDP.

Das ist ja eigentlich der einzige Markenkern, den die FDP hat, will das aber natürlich als großen Wurf, als etwas Visionäres verkaufen.

Diese Art der alphanimistischen Selbstpräsentation ist nicht neu.

Besonders praktiziert hat sie die frühere Familienministerin und jetzige Vizebürgermeisterin von Berlin Franziska Giffey mit dem Gute Kita-Gesetz oder dem Starke Familiengesetz.

Franziska Giffey, die damals noch nicht als akademische Betrügerin enttante Familienministerin diese Gesetze erlassen hat, die auch nicht viel mit guten Kitas zu tun hatten und auch nicht viel mit starken Familien,

die hat dieses Prinzip sozusagen auf die Spitze getrieben.

So etwas kann aber auch nach hinten losgehen, sagt die Politologin Julia Reichenbach.

Natürlich sind solche Fortschöpfungen auch immer geeignet, ein Framing anzubieten, also ein bestimmtes Thema in eine bestimmte Richtung zu deuten.

Ich bin vorsichtig bei der Frage, ob das bei den Menschen so viel auslöst.

Am Ende werden diejenigen, die ihre Kinder in den Kitas haben, die Frage, ob es eine gute Kita ist, ob die Betreuungssituation in Deutschland gut ist,

vor allen Dingen an den Zuständen vor Ort messen und nicht daran, ob das Gesetz einen schönen Namen hat.

Auch der Sprachwissenschaftler Anatold Stefanovic plädiert für Ehrlichkeit.

Wenn man tatsächliche Politik macht, die man gut begründen kann, dann sollte man sie auch mit möglichst neutralen Begriffen benennen und auch mit möglichst neutralen Begriffen erklären.

Als Beispiel in der Sprachwissenschaftler das umstrittene Heizungsgesetz, das eigentlich Gebäude-Energie-Gesetz heißt.

Dieses Gesetz von Wirtschaftsminister Robert Habeck wäre auch durch einen kreativen Namen nicht wohlwollender aufgenommen worden.

Wenn er sich jetzt an Franziska Giffey orientiert hätte, dann hätte er das ganze vielleicht warme Wohnungen-Gesetz genannt oder so.

Die Frage ist, ob man ihm das abgenommen hätte.

Der Sprachwissenschaftler hat da seine Zweifel und es wäre auch nicht die Politik, die Robert Habeck betreibe.

Nächste Station im Mittagsschmal Thailand, der dort im Mai zum Wahlsieger gekürte progressive Politiker Peter hat nun endgültig alle Chancen verloren, Thailands nächster Premierminister zu werden.

Nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichts bleibt ein vom Parlament gegen ihn verhängtes Verbot bestehen.

Kommende Woche will das Parlament erneut versuchen, einen Premierminister zu kühren.

Damit soll die seit Monaten andauernde Krise rund um die Einsetzung einer neuen Regierung in Thailand beendet werden.

Ob das gelingen kann, ist unklar berichtet. Susanne Neva klar.

Keine Hoffnung mehr in Thailand für den Wahlsieger Peter Limjeurenrat von der Move Forward Partei,

nächster Premierminister zu werden.

Denn Thailands Medien verkünden heute die Entscheidung des Thailandischen Verfassungsgerichts. Dieses hat eine Klage des Move Forward-Lagers abgewiesen.

Damit bleibt es dem progressiven Politiker Peter verboten, im Parlament als Premierministerkandidat anzutreten.

Seit der Wahl im Mai, bei der der Hoffnungsträger der Demokratiebewegung Peter klar gewonnen hat,

steht Thailand im Zeichen einer Krise bei der Regierungsbildung.

In Thailand stimmen nämlich nicht nur die 500 gewählten Abgeordneten bei der Kühe eines Premierministers

oder einer Premierministerin ab, sondern auch 250 vom Militär ernannte konservative Senatoren.

Und sie haben alles daran gesetzt, Peter zu verhindern, vor allem auch wegen dessen Vorhaben, das strenge Gesetz zur Majestätbeleidigung in Thailand zu ändern.

Und so stimmte das Parlament im Juli gegen Peter und verbot dem Chef der Move Forward Partei zudem,

bei weiteren Abstimmungen anzutreten.

Mit dem heutigen Urteil des Verfassungsgerichts in Thailand ist Peter Limjeurenrat endgültig aus dem Rennen,

der Weg ist frei für eine weitere Abstimmung im Parlament.

Sie soll am 22. August stattfinden, wie vor kurzem bekannt wurde.

Zum Zukommen soll nun die zweitstärkste Partei in Thailand, Pö Thai,

die sich bereits von Move Forward losgesagt hat und begonnen hat, Bündnisse mit konservativen Kräften einzugehen.

Nach Berichten des thailändischen Senders Thai PBS habe die Parteiber noch immer nicht die notwendige Mehrheit im Parlament.

Die Frage ist nun, wie weit wird Pö Thai gehen und sich an extrem konservative Kräfte und Vertreter der scheidenden Militär unterbinden, ohne die eigene Wählerschaft dabei zu verlieren?

Scheitert die Wahl eines Premierministers im thailändischen Parlament in den kommenden Tagen erneut,

schlittert Thailand tiefer in die politische Krise.

Weiter nach Libyen jetzt, wo es in der Hauptstadt Tripolis in den vergangenen Tagen

zu den schwersten Kämpfen seit Jahresbeginn gekommen ist.

Bei den Zusammenstößen zwischen zwei rivalisierenden Milizen kamen mindestens 27 Menschen ums Leben.

Über 100 Menschen wurden verletzt.

Hintergrund ist die tiefe Spaltung des Landes seit dem Sturz von Machthaber Gaddafi im Jahr 2011 und dass eine politische Lösung zur Einigung des Landes weiter fehlt. David Krieglieder.

Über der libischen Hauptstadt Tripolis liegen am Montag dunkler Rauchwolken, Gefechtslärm verängstigte Zivilisten Chaos.

Nach mehreren Monaten der relativen Ruhe ist Tripolis erneut Schauplatz eines offenen Machtkampfes

zwischen rivalisierenden Milizen.

Der Auslöser, eine Gruppe, die sogenannte Special Deterrence Force,

hat den Kommandanten einer zweiten Gruppe der 444. Brigade entführt

und das, obwohl beide Milizen eigentlich für die von der UNO anerkannte Regierung in Tripolis arbeiten.

Hintergrund der jüngsten Eskalation ist, dass sich der entführte Kommandant Mahmoud Hamza in den letzten Monaten als geschickter Verhandler einen Namen gemacht hat,

mit dem Versuch, die verfeindeten Gruppen des Landes zu einigen.

Analysierte Libyenkenner Anas Elgomati, die Situation ging über dem Sender Al Jazeera.

Kommandant Hamza sei ein Gegner des mächtigen, abtrünnigen Generals Khalifa Haftar.

Dieser stützt seit Jahren eine libische Gegenregierung im Osten des Landes.

Haftar hat 2019 erfolglos versucht, die Hauptstadt Tripolis militärisch einzunehmen.

Mittlerweile wurde der entführte Milizkommandeur wieder freigelassen.

Daraufhin sind die Kämpfe in der Hauptstadt abgeflaut.

Solche Konfrontationen enden immer dann, wenn mächtige Staaten im Ausland den Telefonhörer zu handnehmen

und die Milizen unter Andrang von Finanzaktionen zurückpfeifen.

Aber am Grundproblem Libyens und an der humanitären Lage ändert es nichts.

Sacklandeskenner Elgomati vom Sadeg-Institut.

Seitdem von der NATO unterstützten Sturz von Langzeit Machthaber Gaddafi im Jahr 2011

wüten in Libyen Dutzende bewaffnete Milizen mit wechselnden Allianzen und Interessen.

Sie kontrollieren Ölvorkommen, Schlepperrouten und andere kriminelle Geschäftszweige.

Es ist eine Wildweststimmung, die für Außenstehende Beobachter kaum zu durchblicken ist.

Alle internationalen Versuche, freie Wahlen und eine Einigung der verschiedenen Landesteile,

Volkgruppen und Regierungen zu erwirken, sind bisher gescheitert.

Ein toter und mindestens 27-Jährige nach salmonellen Vergiftungen.

Die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit in Österreich, Kurzages,

ermittelt derzeit in Bezug auf gleich drei verschiedene lebensmittelbezogene Krankheitsausbrüche.

In allen Fällen führt die Spur nach Polen zu kontaminierten Hühnerkebabfleisch.

Europawald dürfte es deutlich mehr Erkrankte geben, berichtet Jürgen Pettinger.

Europawald könnte es bereits Dutzende, vielleicht sogar hunderte Opfer geben.

Die Expertinnen und Experten der ARGES führen die Krankheitsausbrüche auf drei salmonellen Stämme zurück,

die auch für Erkrankungen etwa in Dänemark, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden,

Großbritannien, Belgien und weiteren Ländern verantwortlich sind.

Christian Korn-Schober von der Nationalen Referenzzentrale der ARGES für Salmonellen in Graz. Wir sind auf der Ursache auf der Spur, also es ist bei all diesen Ausbrüchen die Vermutung, dass der Konsum von Hühnerfleisch quasi im Hintergrund steht, speziell bei dem Ausbruch mit dem Todesfall,

ist es wahrscheinlich der Konsum von Hühnerkebab, das zur Erkrankung und damit auch zum Tod geführt hat.

Und dieses Fleisch soll aus Polen stammen, ist das richtig?

Also meine Information stammt das Hühnerfleisch, das für dieses Kebab verarbeitet wurde aus Polen,

aber da sind die Untersuchungen auch noch im Gange.

Alle Untersuchungsergebnisse werden über ein europäisches Schnellwarnsystem, sowohl der europäischen Kommission als auch allen EU-Mitgliedstaaten mitgeteilt.

Insbesondere in Polen selbst könnten die Informationen aus Österreich für weitere Erhebungen genutzt werden, heißt es.

Belig Fleisch aus Polen Sorge immer wieder für Probleme, sagt auch Veronica Weißenböck von der Tierschutzorganisation Fürpfurten.

Polen ist der größte Geflügelproduzent Europas, dass hier die Tiergesundheit auf der Strecke bleibt, liegt auf der Hand und hier handelt es sich um wirkliche Turborassen.

Also die Tiere werden schon nach einem Monat geschlachtet, da erreichen sie Erschlachtgewicht.

Also die Tiere leiden wirklich unter Larmheiten, Stoffwechselerkrankungen, Hautkrankheiten, Infektionen.

Wir Polen fordert jetzt einmal mehr eine Kennzeichnungspflicht in der Gastronomie, was Herkunft und Haltung betrifft.

Die Arge es mahnt beim Verzehr von Hühnerkieberb und Hühnerfleisch allgemein zu erhöhter Vorsicht.

Hühnerfleisch sollte entsprechend durch erhitzt werden, das ist das eine Wichtigste natürlich auch eine entsprechende Küchenhygiene,

dass es so nicht die Salmonella über das Schneidsbrett, über das Messer, über die Hände auf den Salat kommt.

Der Salat wird natürlich nicht mehr durch erhitzt und dementsprechend kann es natürlich auch diesen Wege dann über diese Kreuzkontamination zu einer Salmonella-Infektion kommen.

Sagt der Mediziner der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit.

Salmonellausbrücher gibt es in Europa regelmäßig, vor allem im Zusammenhang mit Fleisch aus billig Produktionsländern.

Wegen der großen Hitze warnen Forstdirekturen, vor allem in Ostösterreich erneut vor einer erhöhten Brandgefahr in Wildern.

Einige Waldbrandverordnungen sind nach wie vor in Kraft.

Insbesondere in Regionen wie dem Wiener Wald sollte man deshalb bestimmte Regeln beachten, berichtet Raphael Krabscher.

Obwohl es in letzter Zeit ein paar Mal ausgiebig geregnet hat, kann sich die Lage in den österreichischen Wäldern schnell wieder zuspitzen.

Wie groß die Waldbrandgefahr etwa in Bereichen wie dem Wiener Wald tatsächlich ist, hängt laut dem Wiener Forst- und Klimadirektor Andreas Januszkowetz von mehreren Faktoren ab.

Es kommt ganz auf die örtlichen Situationen darauf an, auf die Trockenheit, wie lang es vorher trocken war.

Es kommt sehr stark darauf an, wie viel Wind geht.

Es gibt natürlich Peaks. Im Sommer ist es meistens heiß und trocken, aber Waldbrandgefahr kann das ganze Jahr übersetzen.

Mitte Juli verhängt die Stadt Wien bereits eine Waldbrandverordnung, die bis zu den ausgiebigen Regenfällen in den vergangenen Wochen aufrecht war.

Auch aktuell sollte man aber ein paar Regeln daraus berücksichtigen, vor allem weil es in den kommenden Tagen wieder heißer wird.

Die Waldbrandverordnung gibt an, dass offenes Feuer im Wald und am Waldrand verboten ist.

Das gilt natürlich fürs Lagerfeuer, gilt aber auch für die berühmte Zigarette.

Letzten Endes hatten wir auch im Wiener Wald im halben Jahr schon einige kleinere Brände, die über immer wieder rasch gelöscht werden konnten.

Dass auf die kleineren Brände schnell reagiert und so Schlimmeres verhindert werden konnte, liegt laut dem Wiener Klimadirektor unter anderem an dem genauen Monitoring von Seiten der Giosphere Austria.

Dabei wird die Brandgefahr anhand von meteorologischen Daten über die Luftfeuchtigkeit und andere Marschgeber berechnet.

Die zweite aber ebenso wichtige Sache ist die Beobachtung vor Ort.

Die Försterinnen und Förster der Stadt Wien sind tagtäglich draußen unterwegs und die haben das beste Gespür dafür und auch die beste Sicht auf die Dinge.

Im Ernstfall sein aber auch die logistischen Herausforderungen eines großen Brandeinsatzes nicht zu unterschätzen.

Es gibt für Waldbrände richtig gute Pläne, gemeinsam mit der Feuerwehr, mit der Berufsfeuerwehr Wien ausgearbeitet, auch mit den freiwilligen Feuerwehren, wo sind Möglichkeiten, dass Hubschrauber landen, wo sind Wege, die befahren werden können, wo sind Umkehrpunkte für die große Lkw.

Janusz Kowetz appelliert aber auch an die Waldbesucher, nicht nur die Regeln zu beachten, sondern auch die Augen offen zu halten.

Wichtig bei einem Waldbrand ist immer die Schnelligkeit.

Wenig wo rauchaufsteigen sie und wenn ich mir auch nicht sicher bin, ob das jetzt ein Waldbrand ist oder von mir aus ein indekales Lagerfeuer oder sonst irgendwas, dann jedenfalls melden.

Nur so sei es möglich, auch künftig sofort auf kleinere Brandherde zu reagieren und damit größere Waldbrände zu verhindern.

Und zu den Wäldern jetzt ein Programmhinweis für heute Abend im Journal-Panorama-Sommergespräch sind heute die Wölfe das Thema.

Ihre Wiederansiedlung sorgt für heftige Debatten, Landwirte ärgern sich über Dutzende Schafnisse und fordern wie die Jägerschaft, dass Meerböfje abgeschossen werden dürfen.

Tierschützer auf der anderen Seite schlagen Alarm und sehen den Wolf als Garant für mehr Biodiversität.

Wie das Zusammenleben von Mensch und Wolf in Österreich funktionieren kann, das sei auch eine Frage der Zeit, sagt der Verhaltensbiologe und Wolfsforscher Kurt Kottraschall im Gespräch mit Monika Feldner-Zimmermann.

Die Zeit wird vieles richten, also wenn sie heute in Rumänien, wo die Wölfe nicht weg waren, die

Leute fragen, ob sie sich vom Wolf fürchten, kriegen sie einen komischen Blick. Das und zweitens muss man schauen, dass die Wege von Mensch und Wolf möglichst getrennt bleiben. Also bitte nicht Wölfen hinterherschleichen, damit man bessere Bilder bekommt. Und drittens, der wichtigste Punkt ist, es muss auf Herdenschutz gesetzt werden. Viele Leute hören das überhaupt nicht gern, aber das ist die einzigrationalale Möglichkeit, auf Dauer eine einigermaßen konfliktarme, ganz konfliktfrei wird es nie sein, konfliktarme Beziehung herzustellen, dass das natürlich nicht die Angelegenheit vor allem Bauern ist, alleine, sondern eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit, ist schon klar. Aber wird zu wenig geredet auch in dieser ganzen Debatte? Es wird zu wenig geredet. Man sollte tatsächlich mal akzeptieren, dass wir als Österreicher, ob wir das wollen oder nicht, dass nicht schaffen werden, die Wölfe in Europa wieder auszurotten. Wolf wird in Europa so schnell nicht wieder verschwinden, ganz egal, wie viel geschossen wird. Das gesamte Sommergespräch mit dem Verhaltensbiologen Kurt Kottraschall können Sie heute Abend hören, um 18.25 Uhr, gleich nach dem Abendjournal. Es war viel zu tun für die Einsatzkräfte in Tirol an diesem verlängerten Wochenende und Wetter, Muren, Hochwasser und umgestürzte Bäume. All das forderte die Helferinnen und Helfer von der Bergrettung bis zu den Feuerwehren. Über die Schäden in Tirol berichtet Markus Feichter. Gestern sind die Feuerwehren und die Bergrettung vor allem im Stubertal im Einsatz gewesen. So mussten 17 Menschen im Bereich der Oberridsalmi im Oberbergtal gerettet werden. Sie konnten in der Gewitterfond in Oberridsbach nicht mehr überqueren. Landesfeuerwehrkommandant Jakob Unterladstedter sagt zu diesen Einsätzen gestern im Stubei, da sind an die 25 Einsätze abgearbeitet worden und dann in weiterer Folge ein bisschen später hat es nachher noch das Tiroler Unterland erwischt. In Fulpenes wurde die Brücke über den Omesbach von den Wassermassen weggerissen. Und wie schon am Samstag, so ging auch gestern im Kaunertal eine Mure ab, dieses Mal auf die Gletscherstraße. In der Arbeit, glaube ich, hat es jetzt nicht ganz viel verändert. Ich habe es früher auch schon gegeben. Wir sind natürlich mit den ganzen Unwetterwarnungen natürlich immer in Alarmbereitschaft, aber wir haben sehr gute Ausrüstungsgegenstände und natürlich auch unsere Feuerwehrmitglieder sind perfekt geschult für solche Einsätze. In Kirchbichli ist gestern ein Baum auf ein vollbesetztes Auto gestürzt. Der Lenker wurde dabei verletzt. Insgesamt gab es bei den Unwettern gestern ansonsten keine Verletzten. Allerdings teilt es enormen Sachschaden. Kulturimterk journal am kommenden Sonntag gehen die diesjährigen Bregenzer Festspiele mit der letzten Freilichtaufführung der Puccini-Opera Madame Butterfly zu Ende. Morgenabend steht noch eine Uraufführung auf der Werkstattbühne an. In Ko-Produktion mit der neuen Oper Wien feiert die Oper die Judith von Shimmer Premiere. Die Geschichte des Untergangs einer Heldin basiert auf einer wahren Begebenheit, berichtet Annette Raschner.

1929 hat der japanische Dramatiker Yamamoto Yuzo die Geschichte der Ausländerin Okichi in einer Tragödie erzählt.

11 Jahre später übersetzte Berthold Brecht eine vorliegende englische Fassung ins Deutsche und erweiterte sie um Einleitung, Epilog und 10 Intermezzi.

Regisseurin Carmen C. Kruse.

Ganz zentrale Inszenierung aber auch auf der Bühne ist die Hauptgeschichte Okiches Leben über die Phasen hinweg

und immer wieder hören wir diese Brecht eben als Publikum, die das Geschehen reflektiert.

Der Autor des Stücks wünscht wohl lediglich zu zeigen,

dass die patriotische Tat seiner Heldin nicht finanziellen Spekulationen entspringt.

Was war?

Das Klangvokabular der Sängerinnen und Sänger umfasst Geflüster und gesprochen ist ebenso wie Sprechgesang,

sowie halb und voll ausgesungenes.

Ich sage Ihnen, ich hasse dieser Amerikaner wie der Verst.

Bis zum Fiss reicht das Stimmregister von Sopranistin Anna Davidson,

die die Selbstzerstörung der Okichi klanglich erlebbar macht.

Die junge Geyscher Weineheldin Wiederwillen, um ihr Vaterland zu retten,

begab sie sich 1856 in die Dienste eines amerikanischen Konsuls,

der mit der Beschissung der Hafenstadt Shimoda drohte,

weil die Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen stockten.

Okichi gelang das Unmögliche, zum Dank wurde sie geächtet und als Ausländer Hure beschimpft.

Regisseurin Carmen C. Kruse betont die Aktualität der Geschichte und einer Frau,

die bis zu ihrem Tod allen Wiedrigkeiten zum Trotz an ihren Werten festhält.

Im Zentraler Teil dieser Jungen sind Frauenrechtsbewegungen

und auch ihre Auswirkungen als Aktivistin, als Künstlerin.

Diese Themen kommen aus dramaturgisch aus dem Originalstoff

und sind nun auf unsere Zeit übertragen.

Die von Susanne Brenndl konzipierte Bühne ist eine Art Seelenraum,

eine weißleuchtende Fläche dahinter eine Spiegelwand,

die die Figuren verdoppelt und einen zusätzlichen Blick

aus der Vogelperspektive ermöglicht.

Videos zeigen Detail seines weiblichen Körpers, der Atmet, lebt und vergeht.

Das vergleichsweise kleine Orchester unter der musikalischen Leitung von Walter Cubera

ist mit Instrumenten bestückt, die Fabian Panisello den einzelnen Figuren zugeordnet hat.

Zudem kommt es zum Einsatz von Live-Elektronik.

Wenn das Publikum mit einer Offenheit hineingeht in diesen Abend,

dann glaube ich, dass das das Publikum gefangen genommen werden kann.

Und das ist meine große Überzeugung,

überhaupt seit den Zeitgenössischen Musikmach.

Sagt Walter Cubera, der musikalisch einer Produktion vorsteht,

die eine Bühne für die Menschlichkeit aushoffen möchte.

Und weiter geht es mit den Nachrichten zuerst auf Englisch.

Jenny Johnson, please.

Thank you and good afternoon.

106 Menschen sind jetzt in der Wildfire-Katastrophe in Hauai.

Die Suche geht weiter für ca. 1.300 Menschen, die auf dem Land von Maui bleiben.

Offiziere sagen, dass das Prozess, wenn sie die Victimien identifizieren, sehr schwierig ist.

Die Regierung von Hauai, Josh Green, sagt,

President Joe Biden will zu Maui visitieren,

wie schnell möglich,

aber will aber nicht die Verbrauchung der Verbrauchung erzielen.

Wenn President Biden,

President Biden,

und ich,

haben wir eine Zeit,

für ihn zu kommen,

wenn die schwierige Arbeit fertig ist,

wenn die Verbrauchung fertig ist,

auf dem Land,

bei denjenigen, die wir verloren haben.

Eine Merchantschaft hat den Ukraniens-Port von Odessa

, nachdem sie in Russland seit Russischem Invasen verabschiedet wurde.

Kiefer hat einen humanitären Korridor in den Black Sea,

nachdem Russland das letzte Monat verabschiedet wurde,

um die Ukraine zu verabschieden.

Während der Ukraniens-Officieler,

sagen Russland,

überraschende Dronenstrieche,

verabschiedete der Ukraniens-Port von Rene

auf den Danube,

verabschiedet,

verabschiedet,

verabschiedet.

Der UN-Special Envoy für Global Education sagt,

das International Criminal Court

soll Taliban-Leader,

für eine Verbrechen gegen die Menschheit,

für eine Verabschiedung und Erleichterung

für Afghans,

Mädchen und Frauen,

sprechen auf der zweiten Anniversary

der Taliban-Bereichung der Welt.

Gordon Brown sagte,

die Rulern waren für die größte,

ehrgeizige,
vicious
und indefensiv Verabschiedung
von Frauenrechten und Mädchenrechten
in der Welt heute.
Seit sie auf die Jahre zwölf
von Schulen und Mädchen
verabschiedet wurden,
sind sie von vielen Jobs
und öffentlichen Spaces.
Medikale Sources in Libya
sagen,
dass zwischen zwei starken
Faktionen in den Kapital Tripoli
27 Menschen verabschiedet sind
und mehr als 100 Menschen verabschiedet sind.
Verabschiedung wurde auf Monday gebrochen,
nachdem ein Kommandant von einem Grupp
von anderen Mitgliedern
verabschiedet wurde.
Die Erleichterung hat in der Stadt
relativ calm geblieben.
Die UN-Mission in Libya
sagt,
dass es die nächsten Verabschiedungen
verabschiedet werden soll
und die Unruhung für einen
sofort endet.
Nordkorea hat gesagt,
dass ein amerikanischer Soldier,
der im letzten Monat
verabschiedet hat,
dass die Unruhung für einen
sofort endet.
In Pyongyang's
ersten Kommentar
auf Travis King,
die Städte der Medien
gesagt,
dass er die Unruhung
verabschiedet hat
und die Unruhung verabschiedet
war.
Die Städte

gesagt,
dass er unter der Supervision
Nordkorea Soldier
verabschiedet ist.
Heute Abend
hat der Ausdruck
für Austria
einen Mix
von Sonntag,
Schäuern
und Sturms.
Der Ausdruck
für die Sturms
in Deutschland
mit Paul Kracker.
Danke Jenny.
Die Banken
weißen den Vorwurf unzulässiger
Praktiken
bei den Zinsen zurück.
Bankenexperte Franz Rudorfer
von der Wirtschaftskammer
sagt,
ein Chirurgonto sei für
Zahlungen da nicht
als Veranlagung.
Dafür gebe es
Sparbücher,
Fonds
und Wertpapiere.
Im Auftrag
von Konsumentenschutzminister
Johannes Rauch
von den Grünen hat der
Verein für Konsumenten
Information in der Vorwoche
eine Verbandsklage
gegen eine Klausel
in Deutschland angebracht.
Die Konsumentenschütze
argumentieren,
wer sein Konto überziehe,
müsse bis zu 13%
Zinsen zahlen.

Für ein Guthaben
bekommen man oft aber
keine Zinsen.
Der Lehrer
mangel durch Pensionierung
dürfte früher
als erwarteter
seinen Höhepunkt erreichen.
Nach Angaben
des Bildungsministeriums
wird das Maximum
über alle Schulformen
und Bundesländer hinweggerechnet.
Bereits offenbar Heuer
erreicht, nicht
2026,
wie von der
Lehrer-Gewerkschaft
vorhergesagt.
Heuer dürfte es
in AHS,
Mittelschulen
über 100,
2850
Pensionierungen ergeben
bei Volksschulen
etwas mehr als 1000.
In Kärnten
wird nach den
Unwetter
in der vorigen Woche
das Trinkwasser überprüft.
Eineinhalb Wochen
lang wird es
hat heute
mit Hilfe des Bundesjahres
in den Hochwassergebieten
untersucht,
wie die Wasserqualität ist.
Die Aufräumer
beiden in Kärnten
und der Starmarke
in weiter Hänge
müssen stabilisiert werden.

In Deutschland
wird der Anbau
und Konsum
vom Cannabis
teilweise legal.
Das ist der Karl Lauterbach
von der SPD.
Sieht vor,
dass Erwachsene
bis zu 25 Gramm Cannabis
straffrei besitzen
und bis zu
drei Pflanzen
anbauen dürfen.
Außerdem
darf man künftig Cannabis
für eine Gründen,
in denen Mitglieder
bis zu 50 Gramm
pro Monat
bekommen dürfen.
Die Krise
der Deutschen Partei
Die Linke
verschafft sich.
Zwei Tage nach
Amima-Mohamed Ali
gibt auch der
Kuh-Vorsitzende
Fraktionschef im Bundestag
Dietmar Baatz sein Amt ab.
Baatz sagt,
er kandidiere
der Vorstandswahl
am 4. September nicht mehr.
Der Partei Die Linke
droht eine Spaltung.
Die prominent der
Abgeordnete Sarah Wagenknecht
könnte eine eigene Partei gründen.
Litauen sperrt ein Drittel
seiner Grenzübergänge
zu Belarus.
Die litauische Regierung

teilt mit.

Zwei der sechs
Grenzübergänge nach Belarus
wurden wegen
weltpolitischer Umstände
geschlossen.

Bei der
Fußball-Weltmeisterschaft
der Frauen in Australien
und Neuseeland
läuft das zweite Halbfinalspiel.
England führt
zur Pause
gegen Gastgeberin Australien
1-0.

Der Sieger trifft
im Finale am Sonntag
auf Spanien.
Fehlt uns noch
der Wetterbericht
von Gerald Holzinger.
Feuchtwarme Luft
hält sich in den nächsten Tagen
über Österreich.

Damit bleibt es schwül,
mit Sonne, Wolken
und teils kräftigen
Regenschauern
und Gewittern.
Am Wochenende stabilisiert
sich die Lage
und es wird dann
sogar noch etwas heißer.
Aktuell ist es noch
in den meisten Landeshauptstätten
Sonnig,
Münz-Alzburg stark bewölkt.
In Wien und Eisenstadt
hat es 30 Grad
in St.Pölten 27
Grad,
Linz 28
Grad,
Salzburg 21

Grad,
Innsbruck
und Bregenz 26
Grad,
29 Grad
und Klagen vor 27 Grad.
Auf 24 bis 32 Grad
steigen die Temperaturen
heute noch.
Es ist teils Sonnig,
teils bewölkt,
wobei die Wolken
mehr werden
und kräftige
Regenschauer
und Gewitter bringen können.
Erster gibt es
aktuell etwa
schon in Kärnten
und der Steiermark.
Die wenigsten Schauer
bilden sich heute
in Vorarlberg
und in Wien.
Morgen Donnerstag
zunächst einige Nebelfelder
und Restwolken,
tagsüber zeitweise
Sonnig
und dann wieder
Schauer und Gewitter
mit Schwerpunkt morgen
am Nachmittag
im Berg- und Hügelland.
Und mit diesen Aussichten
dürfen wir uns
von Ihnen verabschieden
Helene Seelmann,
Rainer Blohberger
und Kristine Tönigke
Frenkenberger,
ihr Mittagsschonlteam
sagt Danke fürs Zuhören.
Es ist Punkt 1.